

Bundesministerin des Innern und für Heimat  
Frau Nancy Faeser  
Alt-Moabit 101 d  
10559 Berlin

24.03.2023  
DSB-DJV-FWR-af

### **Geplante Verschärfung des Waffenrechts**

Sehr geehrte Frau Bundesministerin, sehr geehrte Frau Faeser,

als Verbände der Sportschützen, Jäger, Sammler, Reservisten, Traditionsvereine, Fachhändler sowie handwerklicher und industrieller Hersteller vertreten wir die Interessen von rund 3,5 Millionen Legalwaffenbesitzern und ca. 30.000 Angestellten in Deutschland. Die aktuellen Ereignisse in Hamburg und Reutlingen und auch die vergangene Tat in Hanau haben uns tief erschüttert und die Verbände drücken ihren tiefen Abscheu gegenüber Taten wie diesen aus.

Die Forderung, dass politische und religiöse Extremisten und psychisch Kranke nicht an Waffen gelangen dürfen, teilen wir uneingeschränkt. Die beständig nach schweren Straftaten mit legal besessenen Schusswaffen erhobenen Forderungen nach einer Verschärfung des Waffenrechts lehnen wir jedoch solange ab, bis geklärt ist, ob diese Taten bei konsequenter Ausschöpfung der bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten hätten wirksam verhindert werden können.

Denn nach unserer Einschätzung der Fälle in Hamburg und Hanau scheint nicht das Gesetz, sondern dessen Vollzug das Problem zu sein. Deshalb fordern wir statt Rufen nach zusätzlichen Verschärfungen des Waffenrechts, dieses zunächst mit Bedacht und Sorgfalt im Rahmen einer objektiven und faktenbasierten Evaluation, wie sie auch im Koalitionsvertrag vereinbart wurde, zu analysieren. Eine solche Evaluation sollte dabei zum einen juristische Unschärfen des bestehenden Waffengesetzes erkennen und zum anderen den Umsetzungsstand des erst im Jahr 2020 novellierten Gesetzes eingehend prüfen. Leitgedanke sollte dabei zu jeder Zeit sein, welchen Sicherheitsgewinn für die Gesellschaft einzelne gesetzliche Vorgaben bringen.

Denn umgekehrt wird mit weiteren Verschärfungen, die nicht auf einer soliden Faktenbasis gründen, eine trügerische Scheinsicherheit geschaffen, etwaige Lücken oder Versäumnisse aber bleiben. Sollte nach einer umfassenden Evaluation und konsequenter Anwendung der bestehenden Gesetzeslage zukünftig festgestellt werden, dass es Nachbesserungsbedarf gibt, befürworten wir uneingeschränkt sinnvolle Maßnahmen, die zu einer Erhöhung der öffentlichen Sicherheit führen.

Vor diesem Hintergrund bieten wir als maßgeblich Betroffene unsere fachliche Expertise an und fordern damit gleichzeitig die Umsetzung dessen, was die aktuelle Bundesregierung im Koalitionsvertrag vereinbart hat. Die Vertreter der Schützen, Jäger und Sammler, des Fachhandels und der Industrie halten die Einberufung eines Gesprächs unter Einbeziehung der das Waffengesetz ausführenden Länderinnenministerien sowie des Städte- und Gemeindefundes und der Vertreter der Landespolizeibehörden für unerlässlich, um vorurteilsfrei und ergebnisoffen das bestehende Waffengesetz mit seinen Möglichkeiten und den letzten

Änderungen zu evaluieren, eventuelle Lücken zu identifizieren und sachgerechte Änderungen zu erarbeiten, die wirklich ein Mehr an Sicherheit bewirken.

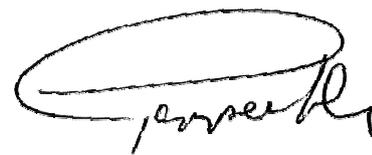
Hierzu stehen die Unterzeichner dieses Schreibens jederzeit konstruktiv-kritisch zur Verfügung.

In Erwartung Ihrer geschätzten Rückmeldung verbleiben wir mit freundlichen Grüßen

Deutscher Schützenbund e.V.

Deutscher Jagdverband e.V.

Forum Waffenrecht e.V.



Hans-Heinrich von Schönfels  
*Präsident*

Dr. Volker Böhning  
*Präsident*

Friedrich Gepperth  
*Vorsitzender*

Deutscher Schützenbund e. V.

Deutscher Jagdverband e. V.

Forum Waffenrecht e. V.

Lahnstr. 120  
65195 Wiesbaden

Chausseestr. 37  
10115 Berlin

An der Pönt 48  
40885 Ratingen

info@dsb.de

info@jagdverband.de

info@fwr.de